

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition  
Leipzig  
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonat 2818

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die erspaltene  
Reihe oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 19.

Sonnabend, den 11. Mai 1918.

22. Jahrgang.

## Politik der Generalkommission.

Über dieses aktuelle Thema schreibt Genosse August Winnig, Vorsitzender des deutschen Bauarbeiterverbandes, in der „Glocke“:

Die Gegner der Mehrheitspolitik bezeichnen diese auch gern als Politik der Generalkommission. In den Kreisen, die der Propaganda der Unabhängigen zugänglich sind, ist dies so ungefähr die alte Art, um von vornherein den höchsten Grad der Anrüchlichkeit zu erlangen. Die Generalkommission ist die erste Vertretung der Gewerkschaften und darum auch der Gewerkschaftspolitik ist dort ganz anders verfaßt, und man muß sagen, daß dem Haß auch in diesem Falle ein sicherer Instinkt zu eigen ist. Im Streit um die Befolgung der Parteipolitik haben die intransigenten Elemente in der Tat keinen Gegner, sondern gefährlicher wäre es eben die Gewerkschaften mit ihrer stets im Kampf gerichteten Politik. Sie mögen noch so laut schimpfen über die Kraftwerke wie aus Zweimundvierzigstimmigen-Röhrern heraus, — das alles vergeht und vergeht und bleibt in seiner Ephemerie; was aber in nächsten Tagen und greifbaren Tagen den Sinnen gegenwärtig bleibt, das sind die Erfolge der Gewerkschaftspolitik.

Ein Beispiel: Den Gipfel des verwerflichsten Arbeiterverrats erkennen die Gewerkschaften mit ihrer Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz. Da half kein Hinweis auf die Not des Landes, die nach der Befreiung der Arbeitskraft keine Verwertung auf das englische Feld, keine Beweisführung, daß beim Scheitern des Hilfsdienstgesetzes ein ungleich größerer Beschränkung der Bewegungsfreiheit kommen würde, — das alles verflüchtete gar nicht. Und sprach man gar von den Schutzbestimmungen, die das Gesetz zugunsten der Arbeiter enthalte, von den Sicherungen und Möglichkeiten, die mit ihm gegeben seien, so war man glücklicherweise ein vertrauensseliger Trottel, der Regel aber ein Schurke, der noch den traurigen Mut hatte, den täglichen Verrat zu verteidigen und zu beschönigen.

Auf dem Verbandstage der Bauarbeiter, der Mitte März in Nürnberg stattfand, spielte das Hilfsdienstgesetz in den sehr bewegten, stark politisch gefärbten Debatten keine geringe Rolle. Dem Sinne nach auch nicht den Worten nach, wurden dort die gleichen Vorwürfe, die wir alle aus der Diskussion mit den Unabhängigen, aus ihren Reden und ihren Zeitungen kennen. Aber da gab es eine Ueberlegung. Ein Redner — aus einem Bezirk, der stark mit Kriegswirtschaftlichen Bauten zu tun hat — setzte ruhig und ganz unpolitisch aus, wie sie dort das Hilfsdienstgesetz nutzbar gemacht hätten. Nicht hätten sie die Ausschüsse in allen vorgekommenen Fällen für die Rechte der Arbeiter in Bewegung gesetzt, sondern sie hätten durch die Ausschüsse überhaupt erst auf manchen Baustellen Stützpunkte geschaffen; und wenn es möglich gewesen sei, sozuzugreifen aus einem Nichts eine gute wehrhafte Organisation zu schaffen, so wäre das in erster Reihe ein Hilfsdienstgesetz zu danken. Nach diesem Delegierten kamen andere, unpolitische Vertreter, die auf Grund ihrer gleichen Erfahrungen das ausserordentliche Urteil in vollem Umfange bestätigten.

Schon damals wußte man aus den bekanntgewordenen Einzelheiten der Zentralverbände, daß sich die Mitgliederzahlen mancher Gewerkschaften im Jahre 1917, also unter der Geltung des Hilfsdienstgesetzes, sehr vorzüglich gehoben hatten. Von den Metallarbeitern, von Buchbindern war das bekannt geworden. Es liegen jetzt Angaben über die Vollständigkeit vor, daß man ein besser begründetes Urteil über die Wirkung des Hilfsdienstgesetzes fällen kann. Von den 48 Zentralverbänden (freie Gewerkschaften) haben insgesamt 31 ihre Mitgliederzahlen steigern können, während sie bei 17 Verbänden noch weiter gesunken sind. Die Organisationen, die abermals einen Mitgliederverlust beklagen müssen, gehören den Nahrungs- und Genussmittelgewerkschaften, dem graphischen Gewerbe und dem Baugewerbe an, denn es sind die Zentralverbände, die als Hilfsdienstgebiete angewiesen, in denen es durch den Krieg aus genugsam bekannten Gründen recht still geworden ist. Von den anderen Verbänden haben — um nur die größten anzuführen — gewonnen: Metallarbeiter 145 000, Bergarbeiter 100 000, Fabrikarbeiter 30 000, Holzarbeiter 22 000, Textilarbeiter 18 000, Arbeiter 8 000, Gemeinbedienstete und Sattler je 7 000, Transportarbeiter 6 000, Schneider und Handlungsgeschäfte je 4 000, Buchbinder je 2 000, Büroangestellte 2 700, Landarbeiter und Maschinen je 2 500 usw. Der gesamte Mitgliederzuwachs der freien Gewerkschaften beläuft sich auf 330 000, wovon 130 000 Frauen sind. In dem ganzen vorausgegangenen Zeit des Krieges hatten die Gewerkschaften kaum laufend Mitglieder eingebüßt. Im letzten Jahre haben sie den Mitgliederbestand vom Ende des Jahres 1915 weit übertroffen und fast den Schluss des Jahres 1914 wieder einholen können. Während der 41 Kriegsmomente (August 1914 bis Dezember 1917) sind 23 000 neue Mitglieder aufgenommen worden, aber davon entfielen auf das Jahr 1917 mehr als 600 000, also fast die Hälfte.

Der sich des Erfolges der künftigen Situation zwischen Kapital und Arbeit bemußt ist, wird wegen dieser Erfolge nicht gleich in eine Zustimmung geraten. Nirgend wohl wird die Zukunft in dieser Hinsicht optimistischer beurteilt, als gerade in den Gewerkschaften. Aber es geht auf einem anderen Punkte. Borek gilt einmal die unbestreitbare Tatsache, daß dieses so über verdiente Hilfsdienstgesetz den Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben hat, ihren Einfluß auf bisher davon unberührte Gebiete vorzutragen. Denn man darf die Steigerung der Mitgliederzahlen nicht so auffassen, daß die bisher gleichgültigen Arbeiter und Arbeiterinnen nun, um die Gewerkschaften für die Annahme des Hilfsdienstgesetzes zu belohnen, die Mitgliedschaft bei ihnen erworben haben. Der Zusammenhang der Dinge ist dieser: Durch die Schutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes sind alle kriegswichtigen Betriebe gezwungen worden, mit den Vertretungen der Arbeiterschaft über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Diese Vertretungen, die im Gesetz vorgesehenen Arbeiterräte, mußten überall, wo auch nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft organisiert war, bei auch nur leiblicher Aufmerksamkeit der Organisationen unter dem Einfluß der Gewerkschaften kommen. So sahen auch die nichtorganisierten Arbeiter die Gewerkschaften die Vertreter ihrer Interessen, sahen sich mit ihnen verbunden und schloß sich nur der gewerkschaftlichen Propaganda weit zugänglicher früher. Nichts wird eben stärker als der sichtbare Erfolg.

Nun ist die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz gewiß nur ein Teil davon, was man die Politik der Generalkommission nennt. Diese Politik ist in der Tat ein System, sie ist nicht als solches erdacht und wird ihren einzelnen Trägern kaum als solches empfunden, aber sie ist es selbst geworden, weil sie von einem klaren und gefunden Grundgedanken ausgeht. Dieser Gedanke besteht einfach in der aufmerksamen unbeirrten Wahrnehmung der Arbeiterinteressen. Es soll nichts sein, was den Wert der Theorie gefagt sein; die geistige Vorverarbeitung im Auge der Zeit liegenden Fragen ist so nötig wie sonst nur etwas;

aber das zeigt uns die Politik der Gewerkschaften doch, wie sehr überlegen eine von klarem und starkem Willen eingegebene Haltung auch ohne viel Theorie einer gewissen Gelehrsamkeit sein kann. Zu dem System der Gewerkschaftspolitik gehören auch die Bemühungen um Aufhebung der Ausnahmebestimmungen in den Koalitionsrechtsparagrafen der Gewerbeordnung und um Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Vertretung der Arbeiterschaft. Beide Forderungen sollen ihrer Erfüllung entgegengehen. (Die Vorlagen fanden im Reichstage bereits zur Beratung, R. d. St.) Werden sie das im Sinne der Gewerkschaften, so wird dadurch für die künftige Stellung der Arbeiterklasse mehr gewonnen sein, als sich manche Schulweisheit heute träumen läßt. Man mag sich unsere Zukunft so oder so vorstellen, immer bleibt es für das Schicksal der Arbeiterklasse entscheidend, in welchem Verhältnis ihre Organisationsmacht zu der Macht des Kapitals stehen wird. Im Maße dieser Forderung müssen jene beiden gegebenermaßen Maßnahmen gesehen werden, wenn man ihre Bedeutung erkennen will. Es kommt für die Arbeiterklasse nicht viel darauf an, welche Minderheit der politischen Parteien in ihren Organisationen überwiegt, entscheidend ist vielmehr, daß diese Organisationen die Masse der Erwerbstätigen wirklich in der Hand haben und bewegen können und daß in ihnen Wirklichkeitsinn und Kraft zur Tatgestaltung vorhanden sind. Genügen die Organisationen diesen Ansprüchen, so ist es im übrigen von minderer Bedeutung, ob ihre Mehrheit politisch mit Ledebour oder David oder Raumann denkt. Kraft und Richtung des Handelns bestimmen den Erfolg.

Das eben gibt der Gewerkschaftspolitik jene starke Folgerichtigkeit, daß sie das Ziel einer mächtvollen Organisation der Arbeit nie aus den Augen verliert. Mit diesem Ziel vor sich hat sie schon vor dem Kriege, als wir in der Politik noch jede Fühlungnahme mit benachteiligten Gruppen verpönten, nicht lange bedacht, mit den Gewerkschaften anderer Richtungen nach Bedarf und Gelegenheit zusammenzugehen. Während des Krieges ist dieses Zusammengehen der Regelfall geworden, im Volksbündnis für Freiheit und Vaterland haben sich die freien Gewerkschaften mit den anderen Organisationsrichtungen sogar zur Ausübung eines rein politischen Einflusses in bestimmter Richtung zusammenschlossen, und wenn sich aus dieser Gemeinschaftsarbeit nicht allmählich eine dauernde Arbeitsgemeinschaft entwickeln sollte, so dürfen wir überzeugt sein, daß es nicht die Schuld der freien Gewerkschaften ist.

In all diesen Äußerungen der Gewerkschaftspolitik erkennen wir deutlich den klaren und einfachen Grundgedanken: Stärkung und Sicherung der Arbeiterorganisationen, Schutz und Förderung der Arbeiterinteressen. Das ist stets ein sicherer Kompaß gewesen, der das Zurechtfinden in den bisher brennend gewordenen Fragen des innerpolitischen Lebens leicht machte. Man kann nicht gerade von einer auswärtsgerichteten Politik der Gewerkschaften reden, aber immerhin fühlten sie sich auch hier nicht ganz unbeteiligt — ihr Eintreten im Rahmen des Volksbündnisses für einen Ausleihsfrieden und andere Äußerungen zu Kriegs- und Friedensfragen deuten das genugsam an. Aber auch darin halten sie sich an das Klasseninteresse der deutschen Arbeiter und werden dadurch sicherer geleitet als so mancher Parteiführer, der den Gewerkschaften ein Willen und theoretischer Schulung weit überlegen ist und schließlich doch alle Direktive verliert, so bald der Gang der Ereignisse eines der geliebten Theoreme an die Seite schiebt.

Es ist der hohe Vorzug der Gewerkschaftspolitik, mit der Tat für eine Wahrheit zu zeugen, die viele noch nicht ertragen können und die darum noch nicht ausgesprochen werden soll. Wir wollen in Geduld warten, bis man auch dieser Seite der Gewerkschaftspolitik gerecht wird. Es wird einst geschehen. Die „Politik der Generalkommission“ wird auch in diesem Falle als das anerkannt werden, was sie ist: die Politik der Arbeiterklasse.

## Sterben denn die Steinmehnen aus?

Trotz der bereits im Jahre 1902 erlassenen Bundesratsverordnung, die hauptsächlich den Sandsteinarbeitern zugute kommen soll, ist unter dieser Berufsgruppe die Sterblichkeit eine geradezu enorme. Die Zählstelle Dresden-Pirna zählt Mitglieder und hatte Verstorbenen:

1914	=	852, davon verstarben	46
1915	=	584, „	28
1916	=	392, „	25
1917	=	304, „	36
I. Quartal 1918	=	267, „	17.

Im allgemeinen rechnet man, daß im Jahresdurchschnitt auf je 1000 Einwohner 18 Sterbefälle kommen. Und nun vergleiche man die Sterbeziffern, welche sich für die Zählstelle Dresden-Pirna ergeben. — Geradezu beängstigend sind die Todesziffern, welche auf das I. Quartal 1918 bezug nehmen. Es sind nämlich von 267 Kollegen schon so viel verstorben (17), als wie man sonst auf 1000 Personen im Jahresdurchschnitt rechnet. Alle unsere Vermutungen, die darauf hingingen, daß die Berufskrankheit der Sandsteinarbeiter als Gewerbekrankheit im Sinne des § 517 der Reichsversicherungsordnung Anerkennung finden sollte, schlugen bisher fehl. Das Reichsversicherungsamt konnte sich im Sinne unseres Antrages leider nicht entschließen, trotzdem jener Behörde bekannt ist, in welcher unheimlicher Weise das Sterben unter den Sandsteinarbeitern grassiert.

Nachstehende Tabelle gibt zum Vergleich eine inhaltsreiche Schlussfolgerung:

Es würden entfallen im Reichsdurchschnitt:	Es starben aber Dresdener Steinarbeiter:
Auf 852 Personen 17 Verstorbene.	46
„ 584 „ 10 „	42
„ 392 „ 7 „	25
„ 304 „ 5 „	36

Das I. Quartal 1918 läßt sich vergleichsweise nicht heranziehen, aber das Resultat würde noch viel unangünstiger sein.

als wie in den Vorjahren. Verzeichnend ist es auch, daß sich mit der ungeheuren Sterblichkeit unter den Sandsteinarbeitern die Unternehmerorganisation noch niemals beschäftigt hat. — Fest steht, daß an einen Nachwuchs, soweit die Steinmehnen in Frage kommen, in Zukunft kaum noch zu denken ist. Und wie haben sich nicht früher besonders die süddeutschen Unternehmer gegen die Einführung der Bundesratsverordnung gestraußt!

## Zum Rohsteinmangel in den Granit Schleifereien.

Wie uns schon vor Wochen aus den verschiedensten Zählstellen mitgeteilt wurde, herrscht in den Granit Schleifereien großer Mangel an Rohsteinen, weil die Einfuhr aus den nordischen Ländern wegen der niedrigen Valuta unterbunden ist. Die Unternehmer wandten sich deshalb an die verschiedenen Behörden, damit ein bestimmtes Quantum von Rohgranit wieder eingeführt werden könnte. Unsere Verbandsleitung tat aus eigenem Antriebe im Interesse der Steinarbeiter dasselbe und machte Eingaben an das bayerische Ministerium des Innern, an die Handelskammer in Bayreuth, an den Bundesratsbevollmächtigten für Bayern in Berlin und an das Reichswirtschaftsamt. Wenn die Sache so schnell in Fluß kam, so dürfte das unseren Eingaben mit in erster Linie zuzuschreiben sein. Um nun die Einfuhr von Rohgranit nach allen Seiten hin zu prüfen, fand am 6. Mai im Reichswirtschaftsamt zu Berlin eine Sitzung statt, an der teilnahmen:

Vom Verband deutscher Granitwerke: die Herren: Santusch, Sohland an der Spee, Direktor Franke, Rärkrüger, Nebisch, Selb, Lüders, Kofrod, Hoffmeister, Frankfurt a. M., Thust, Oberpetal, zur Zeit Hauptmann, und Wöfel, Wunsiedel.

Vom deutschen Steinindustrie-Verband: die Herren: Frischmuth, Striegau, Hising, Sommerzienrat, Dresden.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands vertrat Kollege Staudinger.

Die Verhandlungen leitete Herr Oberregierungsrat Dr. Mathies, dann war noch ein Vertreter des Reichskommissars zur Stelle. Den Standpunkt der Schleifereibetriebe vertrat Herr Hoffmeister, für den Steinindustrieverband sprach Herr Frischmuth. Auch der Vertreter der Steinarbeiter Kollege Staudinger konnte erklären, daß die Zulassung der Rohgraniteinfuhr sehr nötig sei. Die Arbeiter melden bereits, daß sämtliche Vorräte aufgebraucht seien, die Folge sei Arbeitslosigkeit. Im Zustande selbst seien Bestrebungen im Gange, die Bearbeitung des Rohgranits an sich zu reizen, dadurch würde die Ausfuhrmöglichkeit nach dem Kriege für die Schleifereindustrie sehr erschwert werden. Hier liegt ein großes Interesse Süddeutschlands vor. In Bayern beispielsweise ist die Steinindustrie im allgemeinen sehr stark zurückgegangen, wenn nun aber der Süddeutsche Rohgranit abgezogen werden, dann muß dieselbe auch nach Bayern gehen. Das heißt also, die bayerische Steinindustrie wäre vollends ruiniert.

Die Debatte ergab die vollkommene Uebereinstimmung, daß die Einfuhr wieder zugelassen wird. Es kam ein Antrag in Vorschlag, welches den Anforderungen zur Zeit genügen wird. Es steht nun zu erwarten, daß das drohende Weipens der Arbeiterklassen in den Granit Schleifereien vermieden werden kann.

## 120 Millionen gewerkschaftliche Unterstützungsgelder.

Einen glänzenden Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften ergibt eine von der Generalkommission der Gewerkschaften veranstaltete Umfrage, die die Unterstützungssummen der Freien Gewerkschaften während der Zeit des Krieges vom 3. August 1914 bis 31. Dezember 1917 ermittelt. In dieser Zeit sind insgesamt an Unterstützungsgeldern 119 494 914 Mark. Allein 25 353 220 Mark wurden an die Familienangehörigen der zum Heere Eingezogenen verausgabt. Gewiß ein trefflicher Beweis, wie die Mitglieder denjenigen hilfsbereit zur Seite standen, die unter der Last des Krieges am schwersten zu leiden haben.

25 187 215 Mark sind an Arbeitslose gezahlt. Hier kommt vor allem der Anspruch zur Geltung, der zu Beginn des Krieges, infolge der großen Arbeitslosigkeit in die Erscheinung trat. Aber auch in der späteren Zeit hatten wir einige Industrien, die ihren Betrieb zu einem erheblichen Teil einschränkten, eine große Zahl Arbeitsloser vorübergehend den Gewerkschaften zur Unterstützung überließen. Wenn auch in solchen Fällen aus Staatsmitteln für die Arbeitslosen Unterstützungsgelder gewährt wurden, so wird doch der Zutritt der Gewerkschaften hoch willkommen gewesen sein. —

Es ist heute an der Zeit, daß die Gleichgültigen einmal darüber nachdenken, wie es bei Beendigung des Krieges in der Uebergangszeit nachsehen wird. Der Arbeitslose, der keiner Berufsorganisation angehört, verliert den Post, den der Organisierte an seiner Gewerkschaft hat. Der Akt der Unterstützungssumme 68 954 499 Mark ist für Kranken-, Invaliden-, Pensionsunterstützungen und anderen Hilfsleistungen aufzuwandeln. Der gewerkschaftlichen Tätigkeit gebührt für diese Leistung volle Anerkennung und wenn nicht so viele schellen, die an diesen Hilfsleistungen nicht teilnahmen, dann sähe es noch erheblich besser aus.

An den vorgenannten Summen ist natürlich auch der Steinarbeiterverband mit großen Leistungen beteiligt.



